

DiePresse.com | Bildung | Schule |  Artikel drucken

ÖVP: Lehrer sollen länger arbeiten

05.10.2009 | 18:31 | CHRISTOPH SCHWARZ (Die Presse)

Die ÖVP will Unterrichtsministerin Schmied im Winter bei Verhandlungen über ein neues Lehrerdienstrecht diesbezüglich unterstützen. Der zögerliche Vorstoß für eine höhere Lehrverpflichtung empört die Gewerkschaft.

Wien. Ihren Ehrentag – den „Internationalen Tag des Lehrers“ am Montag – haben sich viele der heimischen Pädagogen sicher anders vorgestellt. Denn bereits in der Früh kündigte Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka im ORF-Radio einen Schwenk in der ÖVP-Parteilinie an, der bei den Lehrern auf wenig Gegenliebe stoßen dürfte: Lopatka sprach sich im Interview dafür aus, die Anwesenheits- und Lehrverpflichtung für neu in den Job eintretende Lehrer zu erhöhen. Die ÖVP wolle Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) im Winter bei Verhandlungen über ein neues Lehrerdienstrecht diesbezüglich unterstützen.

Für die Volkspartei wäre das ein inhaltlicher Kurswechsel: Vor wenigen Monaten noch hat sie gemeinsam mit der schwarzen Lehrgewerkschaft die von Schmied geplante Erhöhung der Lehrverpflichtung um zwei Stunden verhindert – und die Ministerin damit schwer beschädigt. Schmied selbst zeigte sich am Montag überrascht über „erfreuliche Töne“ aus den Reihen des Koalitionspartners.

Weniger erfreut zeigten sich erwartungsgemäß die Lehrervertreter. Sie stehen den Plänen der Ministerin – ein einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht mit höheren Einstiegsgehältern, einer flacheren Gehaltskurve und eben einer höheren Lehrverpflichtung – ohnehin skeptisch gegenüber.

„Auf die Lehrer hinprügeln“

Die Aussagen Lopatkas sind nun Öl im Feuer: „Ich bin über die Art seines Vorgehens alles andere als glücklich“, sagt AHS-Lehrervertreterin Eva Scholik. Dass die Regierung ihre Konzepte zur Dienstrechtsreform immer nur über die Medien kommuniziere, sei „ganz schlechter Stil“. Wie Scholik selbst zur Erhöhung der Lehrverpflichtung steht, wollte sie am Montag nicht sagen: „Das wird Inhalt unserer Verhandlungen sein.“

Weniger zugeknöpft gibt sich da Walter Riegler, oberster Vertreter der Pflichtschullehrer. Er greift Lopatka frontal an: „Er redet denselben Käse wie Schmied.“ Es werde wieder versucht, Lehrer zu „verunglimpfen“ und „auf sie hinzuprügeln, bis sich nichts mehr bewegt.“

Wirklich Glauben schenken will Riegler den Worten Lopatkas aber ohnehin nicht: „Ich vertraue nicht auf eine Person, die in ihrer Partei nicht in der ersten Reihe steht.“ Er glaube nicht, dass Lopatka beauftragt sei, die offizielle ÖVP-Meinung zu kommunizieren. „Er versucht immer wieder, Themen als Erster zu besetzen. Meist mit weniger gescheiten Aussagen.“

Schmieds Reformen erteilt Riegler eine Abfuhr – und rechnet vor, wie die Ministerin den Lehrern das Lebenseinkommen kürzen wolle. „Bei höheren Gehältern nimmt sie uns 20 Prozent weg, die bei den Jungen nie ankommen.“ Diese hätten (durch die Erhöhung der Lehrverpflichtung) nicht wirklich, sondern nur vermeintlich höhere Anfangsgehälter.

Während die Bundesländer positiv auf den Vorstoß Lopatkas reagierten, ruderte man im Büro des Staatssekretärs gleich wieder ein Stück zurück: Er habe wörtlich nur von „Änderungen“ bei der Lehrverpflichtung gesprochen, nicht von einer Erhöhung. Nun sei es an Schmied, „gangbare Lösungen“ zu erarbeiten. Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP) forderte, die Debatte nicht auf die Arbeitszeit zu verkürzen. Es gehe um ein „Gesamtpaket“.

Ob es bei der Verwaltungsreform zur „Abschaffung“ der Landeslehrer (gegen die sich vor allem ÖVP-geführte Länder wehren) und mehr Schulautonomie kommt, ist unklar: Die ÖVP wolle „nicht alles kommentieren“, was Schmied vorhabe.

© DiePresse.com